

„Uns geht es um die Demokratie“

SPD-Innenexperte Klaus-Peter Bachmann warnt vor geplanter Änderung des Kommunalwahlrechts

NARTUM ■ „Helft ihr uns bei den Wahlbereichen, dann ersparen wir euch die Stichwahl.“ Diesen Kuhhandel haben die FDP- und CDU-Landtagsfraktion hinsichtlich neuer Regeln für Kommunalwahlen vereinbart. Das erläuterte Klaus-Peter Bachmann, innenpolitischer Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, bei einer Infoveranstaltung in Nartum vor Rats- und Kreistagsmitgliedern aus den Kreisen Rotenburg, Verden, Osterholz, Soltau-Fallingb. und Stade und Cuxhaven.

Bachmann warnte davor, rechtspopulistischen Gruppierungen Türen zu öffnen. Angesichts des seinerzeitigen Erfolges von Ronald Schill in Hamburg und der Entwicklung in mehreren Nachbarstaaten brachte er folgendes Beispiel: „Wenn jemand gegen Zuwanderer hetzt, könnte er in einer aufgeheizten Atmosphäre 25 Prozent der Stimmen erhalten. Liegen SPD und CDU dann bei vielleicht je 24 Prozent und verteilt sich der Rest auf andere, wäre der Rechtsausleger für acht Jahre Bürgermeister oder Landrat.“

Einem solchen Durchmarsch schiebt das bisher gültige Wahlrecht wohl bedacht einen Riegel vor: Hauptverwaltungsbeamter wird nur, wer mehr als die Hälfte aller Stimmen erhält. Gelingt das niemandem im ersten Wahlgang, gibt es eine Stichwahl. Dann können

sich alle Demokraten hinter dem aussichtsreichsten demokratischen Bewerber versammeln.

Hintergrund: CDU und FDP haben sich vorgenommen, drei bewährte Gesetze – die Niedersächsische Gemeindeordnung (NGO) und die Landkreisordnung (NLO) sowie das Gesetz über die Region Hannover – durch eine einheitliche Kommunalverfassung zu ersetzen. „Das ist zwar unnötig und schade, aber auch nicht weiter tragisch“, sagte Bachmann. Wirklich schlimm seien jedoch die Änderungen, die die Regierungsfaktionen ganz kurzfristig eingebracht hätten „und jetzt in einem Schweinsgalopp durchdrücken wollen“.

Der FDP sei daran gelegen, die Zahl der Wahlbereiche zu verringern, berichtet Bachmann. Kalkül der vergleichsweise mitglieder-schwachen Partei: weniger Schwierigkeiten bei der Kandidatenfindung. „Solche Probleme hat die CDU nicht. Sie hat daher ihre Zustimmung davon abhängig gemacht, dass die FDP hilft, die Stichwahlen abzuschaffen. Denn dabei haben zunächst vorne liegende CDU-Kandidaten manchmal doch noch verloren.“

Bachmann: „Auch SPD-Bewerber haben schon in Stichwahlen verloren. Uns geht es mit der Kritik nicht um Parteitaktik, sondern um die Demokratie“, betonte er.



Empört über die eigennützigen Pläne der Regierungsfaktionen: SPD-Innenexperte Klaus-Peter Bachmann.

„Die Abschaffung der Stichwahl und auch das Vergrößern der Wahlbereiche können Extremisten helfen.“

Gegen die Pläne der Regie-

rungsfraktionen formiert sich denn auch breiter Widerstand. Getragen wird er außer von der Opposition im Landtag auch von Gewerk-

schaften und Initiativen. Der Referent rief dazu auf, die Protestaktion auf der Internetseite des Vereins „Mehr Demokratie“ zu unterstützen.

Die dritte problematische Änderung sei laut Bachmann ein Klage-recht von privaten Unternehmen gegen Kommunen. „Firmen können den Kreisen und Gemeinden dann Aufgaben streitig machen, etwa in der Energieversorgung oder der Müllabfuhr“, erläuterte er. „Was verlustreich ist, soll die Allgemeinheit tragen – und Gewinnträchtiges wird privatisiert.“ Dagegen laufen auch die kommunalen Spitzenverbände Sturm. Was Bachmann als bezeichnend für die Klientelpolitik von Schwarz-Gelb hält: „CDU und FDP haben verhindert, dass der Verband der kommunalen

Unternehmen vor dem Innenausschuss angehört wurde. Der Privatwirtschaft wurde diese Möglichkeit dagegen sehr wohl eingeräumt.“